



Propaganda

Der Krieg und die Berichterstattung – bei der Darstellung der Kämpfe um Mossul und Aleppo wurden die tatsächlichen Verhältnisse in den staatstragenden Medien auf den Kopf gestellt.

Von Joachim Guilliard

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 22. JANUAR 2018 · NR. 18 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Eigennützig

Lidl lässt springen. Dieter-Schwarz-Stiftung »spendiert« Münchner Uni insgesamt 20 Professuren

3

Vielfältig

Berlin: 33.000 Menschen protestieren gegen industrielle Landwirtschaft und neoliberale Globalisierung

4

Einfältig

Regierungspartei PiS unterhält polnische Öffentlichkeit mit Flügelkämpfen, Intrigen und Skandalen

7

Fragwürdig

Bundestag beschloss Antisemitismus-Resolution. Ein Gespräch mit Moshe Zuckermann

8

Krieg um Afrin

Türkische Luft- und Bodenoffensive gegen kurdischen Kanton in Nordsyrien. Russische Militärbeobachter zurückgezogen.

Von Nick Brauns



Bodentruppen Ankaras: Kämpfer der »Freien Syrischen Armee« an der türkisch-syrischen Grenze bei Afrin (21.1.2018)

Dutzende Tote durch Angriff in Kabul



Kabul. Bei einem mehr als 17 Stunden dauernden Angriff auf eines der größten Hotels in der afghanischen Hauptstadt Kabul sind möglicherweise Dutzende Menschen getötet worden. Das berichteten Augenzeugen und afghanische Medien am Sonntag. Der Sender *Tolo TV* meldete unter Berufung auf eine »verlässliche Quelle«, es seien etwa 43 Menschen ums Leben gekommen. Die Attacke begann am Sonnabend nach 21.00 Uhr (Ortszeit). Die Gesamtzahl der Opfer sei aber noch nicht ermittelt worden. Insgesamt hätten die Spezialkräfte in der Nacht und am Morgen 153 Menschen aus dem Hotel gerettet, unter ihnen 41 Ausländer. Die Taliban bekannten sich per E-Mail zu der Tat und sagten, fünf ihrer »heiligen Krieger« hätten das Hotel überfallen und Dutzende ausländische und afghanische Feinde getötet. (dpa/jW)

Irak: Todesurteil gegen deutsche IS-Angehörige

Bagdad/Berlin. Eine deutsche Staatsangehörige ist im Irak wegen Zugehörigkeit zur Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) zum Tode verurteilt worden. Die Frau war der Stellungnahme eines Gerichts in der Hauptstadt Bagdad zufolge von Deutschland aus nach Syrien und später in den Irak gereist, um sich dem IS anzuschließen. Sie habe dem IS bei seinen Taten geholfen und sei an einem Angriff auf irakische Sicherheitskräfte beteiligt gewesen, hieß es am Sonntag in der Mitteilung von Sprecher Abdul Sattar Beirakda. Zudem habe sie ihre beiden Töchter in die Region mitgebracht und mit IS-Kämpfern verheiratet. Dem Gericht zufolge soll die Dschihadistin gehängt werden. Das Urteil kann aber noch angefochten werden. Nach Informationen des *Spiegel* will sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass das Todesurteil für die Deutsche in eine Gefängnisstrafe umgewandelt wird. (dpa/jW)

Die türkische Armee hat am Wochenende mit einem Großangriff auf den selbstverwalteten Kanton Afrin im äußersten Nordwesten Syriens begonnen. Ziel der »Operation Olivenzweig« sei es, eine 30 Kilometer breite »Sicherheitszone« entlang der Grenze zur Türkei von »Terroristen« zu säubern, erklärte der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım am Sonntag. Der Angriff richtet sich gegen die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG bzw. YPJ), unter deren Schutz die mehrheitlich von Kurden bewohnte Region bislang vom Krieg verschont blieb und in den vergangenen vier Jahren eine rätodemokratische Selbstverwaltung schaffen konnte.

Nach vorangegangener Artilleriebeschuss bombardierten 72 türkische Kampfflugzeuge am Samstag nachmittag mehr als 100 Ziele. Getroffen wurden unter anderem das Zentrum der Stadt Afrin sowie ein Flüchtlings-

lager. Bei dem Angriff wurden sieben Zivilisten sowie drei YPG-Kämpfer getötet.

Begleitet von weiteren Luftangriffen begann am Sonntag eine Bodenoffensive von der türkischen Grenze sowie dem türkisch besetzten Teil der syrischen Schecha-Region aus auf das kurdische Gebiet. Die Invasionstruppen stießen auf erbitterten Widerstand der YPG im Grenzgebiet. Fünf türkische Panzer wurden nach YPG-Angaben zerstört. Zum Einsatz kommen laut türkischen Medienberichten auch aus Deutschland gelieferte »Leopard II«-Panzer. Am Einmarsch beteiligt ist die »Freie Syrische Armee« (FSA), in deren Reihen sich Al-Qaida-Kämpfer und ehemalige Mitglieder des »Islamischen Staates« befinden.

Der syrische Präsident Baschar Al-Assad bezeichnete die »brutale Aggression« der Türkei gegen Afrin am Sonntag als »Unterstützung des

Terrorismus«. Ohne Erlaubnis der Großmächte sei ein solcher Luftangriff nicht möglich, beschuldigte dagegen das Oberkommando der YPG Russland der »kriminellen Komplizenschaft« mit Ankara. Am Samstag hatten sich russische Militärbeobachter aus der Region zurückgezogen, um »Leben und Gesundheit der russischen Soldaten keinem Risiko auszusetzen«, wie das russische Verteidigungsministerium verlauten ließ. Moskau wolle Afrin so zur Unterordnung unter das Regime in Damaskus zwingen, heißt es dagegen aus YPG-Kreisen.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan drohte der linken Demokratischen Partei der Völker (HDP) am Sonntag mit harten Konsequenzen, sollte sie ihre Anhänger gegen den Krieg auf die Straße rufen. In der südostanatolischen Metropole Diyarbakir stürmte die Polizei die HDP-Zentrale, um eine Pressekonferenz zu verhindern. Unterdessen

versicherte Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu gegenüber der Tageszeitung *Hürriyet* die volle Unterstützung seiner kemalistisch-sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei (CHP) für den Angriffskrieg.

Das türkische Religionsamt Diyanet, zu dem auch der Islamverband DITIB in Deutschland gehört, wies alle Moscheen an, vor den Gebeten die sogenannte Eroberungssure zu verlesen. Diese handelt von Krieg, Eroberung und Beute bei »Ungläubigen«.

»Unsere einzige Option ist der Widerstand«, erklärte die Kovorsitzende der Kantonsregierung von Afrin, Hevi Mustafa, nach Beginn der Angriffe. »Wir werden keine türkische Besatzung auf syrischem Boden erlauben«. Tausende Demonstranten gingen am Wochenende in vielen europäischen Städten auf die Straße, um ihre Solidarität mit der von Kurden bewohnten Region zu zeigen.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Demokratiefeindlicher Reichtum

Oxfam-Bericht: Große Vermögen und entsprechende Macht in immer weniger Händen konzentriert

Das weltweit vorhandene Vermögen wird größer und größer. Allerdings häufen sich Geld und Güter bei einigen wenigen Personen. Das ist das Ergebnis eines aktuellen Berichts, den die Entwicklungsorganisation Oxfam am heutigen Montag veröffentlicht. Dessen Befund: 82 Prozent des 2017 erwirtschafteten Vermögens ist in die Taschen derjenigen geflossen, die das reichste Prozent der Weltbevölkerung bilden. Oxfam fordert mit Blick auf dieses Ergebnis, die Steuerflucht von Konzernen und Superreichen zu stoppen, faire

Einkommen für Frauen und Männer durchzusetzen und in Bildung und Gesundheit für alle zu investieren.

Laut Bericht erhöhten Konzerne und Vermögende ihre Profite, indem sie Löhne drücken und Abgaben vermeiden. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt weiterhin mehr Vermögen als der gesamte Rest. 42 Personen verfügten 2017 über so viel Reichtum wie die ärmsten 3,7 Milliarden zusammen. Auch in der Bundesrepublik verfügten die reichsten 40 Personen über das gleiche Vermögen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung.

Durch Steuerflucht allein derjenigen, die zum wohlhabendsten Prozent zählen, fehlen den öffentlichen Kassen jährlich 200 Milliarden US-Dollar. Insbesondere den Entwicklungsländern entgehen durch die Steuertricks von Unternehmen und Einzelpersonen jedes Jahr 170 Milliarden US-Dollar an Einnahmen. Zum Vergleich: Die weltweiten Entwicklungshilfeleistungen summieren sich auf gerade mal 145 Milliarden Dollar jährlich.

Jörn Kalinski, Kampagnenleiter von Oxfam Deutschland, kommen-

tierte, eine reiche Minderheit nehme »massiv Einfluss auf politische Entscheidungen« und senke Unternehmenskosten in »unverantwortlicher Weise, um die Profite der Anteilseigner zu steigern«. Den Preis zahlten Milliarden Menschen, die zu »Löhnen schuffen müssen, die nicht zum Leben reichen«. Das herrschende Wirtschaftssystem basiere außerdem auf der »konsequenten Ausbeutung von Frauen«, so Kalinski. Diese leisteten unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit im Umfang von etwa zehn Billionen US-Dollar jährlich. (jW)

jW wird herausgegeben von 2.084 Genossinnen und Genossen (Stand 1.12.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

